



Das
Bundesarchiv

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)
und Leipzig



Bildnachweis:

BArch, Fotobestand Klaus Mehner, Bild 89 0507 POL Wahlen 08

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Einführung zum pädagogischen Material

Die vorliegenden Arbeitsaufträge beziehen sich auf das Dokumentenheft „Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig“. Die Dokumente darin ermöglichen Schülerinnen und Schülern Einblick in die Stimmung bei Regierten und Regierenden vor, während und nach der Wahl. Indem sich Schülerinnen und Schüler mit den Dokumenten und Fragen auseinandersetzen, erschließen sie sich einen Teil des Wirkens der Stasi am Ende der DDR und über „Wahlen in der DDR“. Die Arbeit kann in Einzel- oder Gruppenarbeit erfolgen.



Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, 89 0507 POL Wahlen 10

Wahlen in der DDR

Wahlen in der DDR waren im Prinzip sehr einfach. Das Parteienbündnis unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) schlug vor, wer als Abgeordneter in die Parlamente einziehen sollte. Öffentliche Aussprachen zwischen den Kandidaten und den Wahlberechtigten machten den Kandidaten bekannt.

Die Namen aller Kandidaten, die pro Stimmbezirk zu Volksvertretern gewählt werden sollten, wurden anschließend auf einen Wahlzettel gedruckt. Eine Auswahl zwischen den Parteien oder eine Auswahl zwischen den Kandidaten war nicht möglich – die Sitzverteilung in den Parlamenten der DDR war fest vorgegeben.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Am Wahltag erhielten die Wahlberechtigten die Wahlzettel, falteten sie und warfen sie in die Wahlurne. Jeder Zettel wurde so zu einer Ja-Stimme. „Zettelfalten“ hieß diese Art der „Wahl“ in der DDR daher verächtlich im Volksmund.

Wählerinnen oder Wähler, die eine Gegenstimme abgeben wollten, mussten den Namen jedes Kandidaten einzeln durchstreichen. Getreu der Logik von Regierung und Wahlsystem der DDR war jeder ein Oppositioneller, der keine Ja-Stimme abgab. Wer aber Oppositioneller war, musste damit rechnen, ins Visier der Stasi zu geraten.

Durch die Nutzung der Wahlkabine konnten Wähler zwar heimlich Namen von Kandidaten streichen, doch machte schon der Gang in die Kabine verdächtig – und Name und Anschrift jedes Wählers waren Dank der Registrierung im Wahllokal bekannt.

Die Kommunalwahl am 7. Mai 1989

Zur Kommunalwahl am 7. Mai 1989 unterliefen Oppositionelle die Einschüchterungen und Repressalien, die das Wahlsystem der DDR zuließ. Sie nutzten das Recht auf Anwesenheit bei der Stimmauszählung, um staatlichen Wahlbetrug zu beweisen. Denn Ergebnisse von fast 100% Zustimmung bei allen Wahlen seit der ersten Wahl in der DDR 1950 kamen ihnen angesichts der 1989 besonders negativen Stimmung im Land unglaublich hoch vor. Zugleich ermunterten sie Freunde und Gleichgesinnte, Nein-Stimmen, Gegenstimmen oder ungültige Stimmen abzugeben.

Nach der Schließung der Wahllokale am Abend des 7. Mai saßen daher Bürgerinnen und Bürger bei der Stimmauszählung dabei und zählten die abgegebenen Zettel, die gültigen Ja- oder Nein-Stimmen und die ungültigen Stimmen mit. Dass sie Wahlfälschungen nicht verhindern würden, war den Oppositionellen durchaus bewusst. Sie hatten nicht in jedem Wahllokal Helfer und sie konnten die zentrale Erfassung und Auswertung aller Daten nicht kontrollieren. Doch sie konnten stichprobenartig dokumentieren, was sie sahen und was sie mitzählen konnten. Und sie zählten etliche Nein-Stimmen.

Wie sie vermutet hatten, entsprachen die später verkündeten, offiziellen Ergebnisse nicht ihren Beobachtungen. Sie protestierten durch Eingaben und Beschwerden gegen den Betrug, schließlich auch durch Demonstrationen.

Immer mehr Menschen in der DDR schlossen sich der Protestbewegung an, die schließlich eine der Ursachen der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 wurde. Bei der nächsten Wahl am 18. März 1990, der ersten freien Wahl in der Geschichte der DDR, wählten die Wähler und Wählerinnen mehrheitlich prompt ein Parteienbündnis, das für ein schnelles Ende der DDR eintrat. Am 3. Oktober 1990 wurde das Staatsgebiet der DDR Teil der Bundesrepublik Deutschland.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Zur Einstimmung

Zur Vorbereitung und Einstimmung in die Thematik „Staatssicherheit in der DDR“ empfehlen wir unseren Lehrfilm „Ein Volk unter Verdacht“: Die Gespräche einer jungen Journalistin mit einem Historiker an Orten mit Stasi-Vergangenheit und Erinnerungen von Zeitzeugen geben einen guten Überblick über Auftrag und Methoden der Stasi. Sie erhalten den 40-minütigen Film online oder gegen eine Schutzgebühr von 5,00 Euro/ermäßigt für Lehrkräfte für 2,50 Euro .

Wir empfehlen außerdem unsere Ausstellung für Schulen „Stasi. Was war das?“. Die 13 Themenposter zeigen Lebenswelten und Ereignisse der DDR-Geschichte, unter anderem Bildung, Sport, Frauen, Arbeit und Kunst – über den 17. Juni, den Mauerbau und die Friedliche Revolution 1989. Abgerundet wird die Darstellung durch drei Themenposter zur Stasi, ihren Methoden und der Entstehung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Die Poster-Ausstellung erhalten Sie kostenlos zur freien Verfügung.

Zur speziellen Einstimmung in die Thematik „Ende der DDR“ und „Wahlen in der DDR“ eignet sich das Poster „Wir sind das Volk“.

Die Poster-Ausstellung haben wir für den Einsatz an Schulen entwickelt. Zu diesem wie zu allen anderen Postern gibt es daher erschließende sowie weiterführenden Fragen und Hintergrundmaterialien für Schülerinnen und Schüler. Sie finden diese pädagogischen Materialien nur online unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/posterausstellung.

Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv
Bildungsteam
10106 Berlin
Tel.: 030 18665-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung
www.stasi-mediathek.de

<https://twitter.com/StasiArchiv>
<https://www.instagram.com/stasizentrale>
<https://www.facebook.com/StasiUnterlagenArchiv>
<https://www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv>

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 9, 12, 16 und 26

Arbeitsaufträge

Die Wochen vor der Wahl

1. Am 26.1.1989 informiert der Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden, Generalmajor Böhm, die Leiter der Dienstseinheiten über Aktivitäten bezüglich der kommenden Kommunalwahlen am 7.5.1989 (S. 9).
 - Wie definiert Böhm die Akteure und wie bezeichnet er deren Textinhalte und Aktivitäten?
 - Welche Aufgabe haben laut Böhm die Leiter der Dienstseinheiten?
 - Arbeiten Sie heraus, wie Generalmajor Böhm die Oppositionellen in der DDR in diesem Schreiben einschätzt.
 - Passt diese Haltung Ihrer Auffassung nach zu einem demokratischen Staatsverständnis?
2. Zwei „Hetzettel“, von denen Generalmajor Böhm in seinem Brief im Januar 1989 berichtete, weisen sprachliche Besonderheiten auf (S. 12).
 - Der Verfasser der „Hetzettel“ bezeichnet die Einwohner der DDR als „Bürger der Ostzone“. Erklären Sie, was er damit ausdrücken wollte.
 - Welche Ungerechtigkeiten und welche Mängel beklagt er?
 - Wozu ruft er auf?
 - Vergleichen Sie die beiden Zettel hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Erläutern Sie, woher die Unterschiede rühren könnten.
3. Am 19.4.1989 schreibt Oberst Sommer dem Stellvertreter des Ministers, wie viele „Vorkommnisse“ es im Vorfeld der Wahlen 1989 bisher gegeben hat (S. 16). Er vergleicht die Anzahl mit den „Vorkommnissen“ zur Kommunalwahl 1984.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 9, 12, 16 und 26

Arbeitsaufträge

- Fertigen Sie ein Schaubild an, das die Entwicklungen verdeutlicht.
 - Oberst Sommer nennt vier Hauptpunkte, die in den „Vorkommnissen“ kritisiert werden:
 - die führende Rolle der SED,
 - der sozialistische Charakter der Staats- und Gesellschaftsordnung,
 - die sozialistische Demokratie,
 - das Wahlverfahren.
 - Erläutern Sie einen der Punkte aus dem Staatsverständnis der DDR heraus.
 - Nennen Sie mögliche Argumente, weshalb Oppositionelle den Punkt kritisierten.
4. Am 21.4.1989 schildert Hauptmann Hoffmann in einer Aktennotiz den Bericht des IMB „Sergeij Seltmann“ (S. 26).
- Über wen berichtet IMB „Sergeij Seltmann“?
 - Welche Methode des Wahlbetrugs beschreibt er?
 - Wen vermutet der Mann, über den berichtet wird, als Anstifter zum Wahlbetrug – und wie reagieren die Verantwortlichen auf seinen bisherigen Protest?
 - Wie will er sich verhalten, sollte er wieder Wahlbetrug feststellen?
 - Was könnte Ihrer Meinung nach die Stasi an dem Mann interessieren?
 - Welche Einschätzung über den Mann nennt die Stasi in der kurzen Anmerkung?
 - Diskutieren Sie, was Ihrer Meinung nach die Stasi mit ihm vor hat.
 - Diskutieren Sie, wie der Mann wohl reagiert, wenn er nach dem Ende der DDR seine Stasi-Akten einsieht und diesen Bericht über sich findet.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 32-35

Arbeitsaufträge

Die Tage vor der Wahl

1. Auf S. 32, 33, 34 und 35 schildert die Bezirksverwaltung Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit ausführlich die Stimmungslage in der Bevölkerung des Bezirks Dresden zwei Tage vor der Wahl. Nach einigen beschönigenden und positiv scheinenden Beobachtungen werden beispielhaft Sorgen und Kritik der Bevölkerung aufgezählt.

- Welche Sorgen äußern die Bürger hinsichtlich der Wohnungsprobleme?
- Welche Kritik zur bisherigen Praxis bei Sanierungsarbeiten und bezüglich der verantwortlichen Funktionäre äußern sie?
- Welche weiteren Probleme bewegen die Bürger?
- Welche Probleme erkennen die Bezirksverwaltung Dresden angesichts der Beteiligung von Jungwählern?
- Welche Meinung äußern die Bürger bezüglich des Wahlsystems in der DDR und der UdSSR (Sowjetunion)?
- Welches Verhalten zeigen nach Erkenntnissen der Stasi die katholischen und evangelischen Amtsträger?
- Ausländische Mitbürger dürfen bei den Kommunalwahlen 1989 in der DDR mitwählen. Die Stasi schätzt auch deren Wahlverhalten ein: Überlegen Sie, weshalb die Stasi die ausländischen Gruppen beobachtet.
- Nennen Sie mögliche Gründe, weshalb Kubaner, Mocambiquaner und Polen sich jeweils unterschiedlich zur Wahlteilnahme verhalten.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 39-41

Arbeitsaufträge

Während der Wahl

1. In seinem Tagesbericht vom 7.5.1989 (S. 39-41) schildert Oberst Schmidt von der MfS-Kreisdienststelle Leipzig ausführlich, wie er und seine Mitarbeiter für den „störungsfreien Verlauf der Kommunalwahlen“ Sorge tragen. Die Aktionen laufen Stasi-intern unter dem Decknamen: Aktion „Symbol 89“.
 - Arbeiten Sie heraus, welche zwei Personengruppen die Stasi hauptsächlich als Urheber „feindlich-negativer Aktivitäten“ vermutet.
 - Welche Maßnahmen führt die Stasi im Vorfeld der Wahl („in Vorbereitung der Aktion „Symbol 89““) durch Mitarbeiter der DE (Diensteinheit) durch?
 - Welches Mittel wählt die Stasi, um das Stillhalten dieses Personenkreises zu sichern?
 - Überlegen Sie, worin die „Kontrollmaßnahmen“ gegen andere Personen bestehen könnten.
 - Stellen Sie glaubwürdige Vermutungen an, wie die Stasi womöglich dafür sorgt, dass bei durchgeführten „Disziplinierungsgesprächen“ „in 9 Fällen ein Disziplinierungseffekt erreicht wird“.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 43-47, 54 und 55-61

Arbeitsaufträge

Nach der Wahl

1. In einer vertraulichen Information (S. 43-47) schildert die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt des Ministeriums für Staatssicherheit die Aktivitäten „vorwiegend kirchlicher Kräfte“ bei der Stimmauszählung am 7.5.1989.
 - Arbeiten Sie aus dem Dokument heraus, welche Gruppierungen die Stimmauszählungen überwiegend beobachten.
 - Was ist – laut Stasi-Bericht – ihr Anliegen?
 - Durch welches Verhalten wollen die Wahlbeobachter – laut Stasi-Bericht – ihr Ziel erreichen?
2. In ihrer „Mitteilung“ über die „Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk Leipzig-Mitte“ (S. 54) informieren fünf Oppositionelle über ihre Erkenntnisse aus der Stimmauszählung.
 - Was stellen sie am Wahntag fest und wie passen ihre Beobachtungen zu den offiziellen Ergebnissen?
 - Welche Schlussfolgerungen ziehen die Unterzeichner?
 - An wen wenden sie sich zur Klärung ihrer Vorwürfe – an wen wenden sie sich mit ihrer „Mitteilung“?
 - Unter Hinweis auf welche Pflicht fordern sie die Adressaten auf, Verantwortung zu übernehmen?
 - Diskutieren Sie, ob die Mahnung an diese Pflicht damals erfolgversprechend war.

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig

Nutzen Sie bitte zur Bearbeitung der Fragen die Dokumente auf den Seiten 43-47, 54 und 55-61

Arbeitsaufträge

3. Die Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltung Leipzig der Staatssicherheit berichtete am 19.5.1989 zum Ergebnis der Kommunalwahlen (S. 55-61).

- Lesen Sie die „Reaktionen zum Wahlergebnis“.
- Analysieren Sie aus den vier genannten „Hauptrichtungen“ die zu Grunde liegende Kritik.
- Formulieren Sie Ihre Analyse in eigenen Worten:

„... die geringe Wahlbeteiligung ist ein Hinweis auf die notwendige Verbesserung der Kommunalpolitik ...“	
„... man hat mit mehr Gegenstimmen gerechnet ...“	
„... der Wahrheitsgehalt der offiziellen Zahlen wird angezweifelt ...“	
„... das Wahlergebnis zeigt nicht den wahren Wählerwillen ...“	

- Verfassen Sie aufgrund Ihrer Analyse ein Stimmungsbild, wie die Wähler und Wählerinnen in der DDR zum politischen System der DDR eingestellt sind.